A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Mögling (vorm. Ww. Meitz), Markt 34/35
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 134 Dienstag, den 8. November 1932 45. Jahrgang

Vorläufiges Endergebnis

Abgegeb. Stimmen	35 409 718	(bish.	36 882 354)
Nationalsozialisten	11 712 983	(„	13 745 780)
Sozialdemokraten	7 233 534	(„	7 959 712)
Kommunisten	5 972 702	(„	5 282 626)
Zentrum	4 228 364	(„	4 558 051)
Deutschnationale	2 951 839	(„	2 177 414)
Bayr. Volkspartei	1 080 124	(„	1 323 969)
Deutsche Volkspartei	659 931	(„	436 014)
Deutsche Staatspartei	326 805	(„	371 799)
Christl.-Soz. Volksd.	402 803	(„	364 542)
Wirtschaftspartei	110 830	(„	146 875)
Landvolk	164 848	(„	90 554)

Ferner erhielten: die Volksrechtspartei 26 068 (0), Sozialrepubl. Hörsing 8498 (0), Nationale Minderheiten 34 510 (0), Soz. Arbeiterpartei 45 036 (0).

Der neue Reichstag

Nach dem vorläufigen Endergebnis wird der neue Reichstag 582 Abgeordnete zählen, also 26 weniger als sein Vorgänger. Unter Berücksichtigung der Listenverbindung usw. werden sich im neuen Reichsparlament die Mandate wie folgt verteilen:

Nationalsozialisten	195	(230)	— 35
Sozialdemokraten	121	(133)	— 12
Kommunisten	100	(89)	+ 11
Zentrum	69	(75)	— 6
Deutschnationale	52	(37)	+ 15
Bayer. Volkspartei	19	(22)	— 3
Deutsche Volkspartei	11	(7)	+ 4
Deutsche Staatspartei	2	(4)	— 2
Chr.-Soz. Volksdienst	5	(4)	+ 1
Wirtschaftspartei	2	(2)	(—)
Deutscher Bauernbund	3	(2)	+ 1
Hannoveraner	1	(—)	+ 1
Württemb. Weing.	2	(2)	(—)

Von den abgegebenen Stimmen entfielen in Prozenten ausgerechnet auf die größeren Parteien: Nationalsozialisten 33,1 (37,4), Sozialdemokraten 20,5 (21,6), Kommunisten 16,8 (14,5), Zentrum 11,9 (12,5), Deutschnationale 8,6 (5,9), die Bayerische Volkspartei 3,1 (3,2).

Nach der Schlacht

Das Merkmal der neuen Reichstagswahl ist der Rückgang der Nationalsozialisten. Während bei allen anderen Wahlgängen dieses Jahres die nationalsozialistische Bewegung von Wahl zu Wahl immer größere Massen der Wähler erfaßte, ist diesmal nicht nur ein Stillstand, sondern auch ein erheblicher Rückgang der Stimmenzahl eingetreten, und zwar verteilt sich der Stimmenverlust ziemlich gleichmäßig auf alle Wahlkreise. Auch die übrigen Oppositionsparteien, die Sozialdemokraten und das Zentrum, haben ihre Stimmenzahl nicht ganz behaupten können, doch sind ihre Verluste nicht so erheblich wie die der NSDAP. Als Gewinner gehen aus diesem Wahlkampf die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei hervor, die beide die Wahlparole für das Kabinett Papen ausgegeben hatten. Recht stark ist auch der Stimmenzuwachs der Kommunisten, mit dem jedoch von vornherein gerechnet wurde.

Das große Fragezeichen bei der Wahlentscheidung am 6. November war die Wahlbeteiligung. Da der deutsche Staatsbürger nun schon zum fünften Male in diesem Jahre zur Wahlurne schreiten sollte, hatte man allgemein mit einer gewissen Wahlmüdigkeit gerechnet. Völlig ungewiß war jedoch, wie hoch man den Faktor der Wahlmüdigkeit bei den einzelnen politischen Gruppen ansetzen mußte. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen glaubte man verschiedentlich mit einer verstärkten Wahlenthaltung bei den bürgerlichen Parteien rechnen zu können, während man bei den radikalen Oppositionsparteien rechts und links kaum eine schwächere Beteiligung erwartete. Der 6. November hat ergeben, daß diese Prophezeiungen doch sehr danebengingen. Es hat sich gezeigt, daß die rechtsstehenden bürgerlichen Gruppen unter Führung Hugenbergs und Dingeldeys erheblich verstärkt in den Reichstag zurückkehren. Ihr Zumachs dürfte sich im wesentlichen aus den Wählern rekrutieren, die bei den letzten drei, vier Wahlen zur äußersten Rechten abgewandert waren und nun den Weg zu ihren alten Parteien zurückgefunden haben. Ausschlaggebend für diesen Entschluß dürfte vor allem die Enttäuschung darüber gewesen sein, daß Hitler entgegen der Erwartung dieser Kreise nach der letzten Wahl nicht in das „Kabinett der nationalen Konzentration" unter Papen eingetreten ist, und zweitens wird die Hoffnung auf das Wirtschaftsprogramm des Kabinetts Papen eine gewisse Rolle gespielt haben.

Insgesamt ist rund eine Million Wähler von der Hitlerbewegung zu den gemäßigten Rechtsparteien abgewandert. Die zweite Million, die die NSDAP. einbüßte, ist offenbar der Wahl ferngeblieben. Denn die Gewinne der Kommunisten dürften zum allergrößten Teil aus den 700 000 Wählern bestehen, die der SPD. verloren gegangen sind. Die Stimmenverluste des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei kann man wohl auf die Wahlmüdigkeit zurückzuführen, denn auch diese 3—400 000 Stimmen, die beide Parteien diesmal weniger erhalten haben, sind keiner anderen Partei zugute gekommen. Staatspartei und Wirtschaftspartei haben sich von ihrer Niederlage bei der Juliwahl nicht mehr erholen können und spielen auch im neuen Reichstag keine Rolle mehr, dagegen hat sich die Stimmenzahl des Christlich-Sozialen Volksdienstes und des Landvolks etwas gehoben.

Was soll nun werden? Ist dieser neue Reichstag arbeitsfähig? Ist überhaupt eine Mehrheit denkbar? Vor der Beantwortung dieser Fragen muß man sich zunächst vergegenwärtigen, worum sich dieser Wahlkampf gedreht hat. Die Reichstagsauflösung ist von dem Kabinett zweifellos deshalb herbeigeführt worden, um die Mehrheit aus Zentrum und Nationalsozialisten zu brechen. Im vorigen Reichstag mit seinen 608 Abgeordneten hatten diese beiden Parteien eine allerdings kleine Mehrheit. Sie verfügten über 305 Abgeordnete, hatten also eine Mehrheit von zwei Stimmen. Unter Einbeziehung der Bayerischen Volkspartei vergrößerte sich diese Mehrheit auf 24 Mandate. Bei der Wahl am 6. November haben diese Parteien über 40 Mandate und damit auch die absolute Mehrheit verloren. Auch die beiden marxistischen Parteien verfügen nur über 221 Mandate und kommen also für die Regierungsbildung nicht in Betracht. Ebensowenig sind die Parteien der alten Weimarer Koalition imstande, eine arbeitsfähige Mehrheit zu bilden. Desgleichen bringen alle Rechtsparteien einschließlich der NSDAP. keine absolute Mehrheit zusammen.

Ein arbeitsfähiger Reichstag ist nur denkbar, wenn Nationalsozialisten, Zentrum und die beiden Rechtsparteien, die bereits vorher das Kabinett gestützt haben, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen. Ob es dazu kommen wird, muß sich in den nächsten Wochen zeigen. Große Hoffnungen kann man sich allerdings nicht machen.

Ruhiger Wahlverlauf

Berlin, 7. November.

Der fünfte Großwahltag dieses Jahres ist im allgemeinen ruhig und reibungsloser verlaufen als die vorangegangenen Wahlsonntage. Obwohl gerade diesmal der Wahlkampf mit besonderer Schärfe geführt wurde, ist es fast nirgends, nach den bisher vorliegenden Meldungen, zu bedeutenderen Zwischenfällen gekommen.

In Berlin, das auch am Wahltag noch im Zeichen des Verkehrsstreikes und des Notverkehrs nur eines Teiles der Straßenbahnlinien stand, wurde geradezu ein Rekord an geringen Zwangsgestellungen erreicht. In der Nacht vor der Wahl belief sich die Zahl der Festgenommenen auf vierundzwanzig, am Vormittag des Wahltages selbst wurden sechsundzwanzig Personen sistiert, neben Angehörigen der KPD. und der NSDAP. einige Reichsbannerleute und ein größerer Teil Parteilose. Die Feststellungen erfolgte am Wahltag fast ausschließlich wegen Verteilung von verbotenen Flugblättern. Das Straßenbild der Reichshauptstadt erhielt auch diesmal wieder, wie bei früheren Wahlen insbesondere in den Wohngegenden, sein Gepräge durch den Flaggenkrieg.

Der Wahlakt selbst stand zunächst im Zeichen einer erheblich schwächeren Wahlbeteiligung als bei den vergangenen Wahlen. Bis gegen Mittag hatte bei weitem noch nicht die Hälfte der Wahlberechtigten ihrer Pflicht genügt! Offensichtlich ist dieser Unterschied gegen die letzten Wahl auf die Jahreszeit und die Witterung zurückzuführen, die nicht wie am 31. Juli zu Ausflügen lockt, und so ein früheres zu Wahl Gehen veranlaßt.

Wie üblich, fanden die Ministerwahllokale ein besonderes Interesse. Das Café in der Kanonierstraße, in dem der Reichspräsident wähnt, war schon vor Beginn der Wahlzeit von Schaulustigen und Photographen umlagert.

Wahlverlauf in Mitteldeutschland

Der Wahlsonntag ist in Mitteldeutschland so gut wie vollkommen ruhig verlaufen. Im Regierungsbezirk Magdeburg bildete eine Ausnahme Staßfurt, wo bei einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten mehrere Personen zum Teil erheblich verletzt wurden. In Magdeburg selbst zeigte das Straßenbild, mit Ausnahme des besonders lebhaft in Erscheinung tretenden Flaggenstreits, fast keine Veränderung. Auffallend war hier, daß die bekannteren Parteiführer in den letzten Tagen das flache Land für ihre Propaganda bevorzugten.

In Halle hatte die Polizei umfangreiche Vorbeugungsmaßnahmen getroffen. Am Sonnabend war in der Nähe des Braunen Hauses ein Polizist von Nationalsozialisten bedrängt worden, er konnte sich seiner Gegner jedoch mit der Pistole erwehren. In der Nacht zum Wahlsonntag wurde das Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Preußenring mit roter Farbe beschmiert.

Auch in Erfurt und Weimar unterschied sich das Straßenbild nur wenig von dem anderer Sonntage. Nur am Vortage der Wahl war es in Weimar zu wiederholten Reibereien zwischen politischen Gegnern gekommen. Der Streifendienst der Polizei konnte jedoch die Ordnung aufrechterhalten. Einen Schwerverletzten soll es aber gegeben haben.

Der Wahlkampf hatte in Kassel bereits Donnerstag mit der Hitlerversammlung seinen Höhepunkt erreicht. In den beiden letzten Tagen wurde lediglich auf den Straßen und Plätzen in breiter Front eine Flugblattwerbung eröffnet. Die große Ruhe, die in den letzten Tagen vorherrschend war, stand im vollen Gegensatz zu der Lebhaftigkeit des Wahlgeschäfts am Sonntagvormittag, ist doch die Wahlbeteiligung teilweise, wenigstens vormittags, stärker gewesen, als bei der letzten Wahl. In Kassel ist es nirgends zu irgendwelchen Zwischenfällen gekommen. In der Umgebung von Kassel, auf dem Lande, war die Wahlbeteiligung in den Vormittagsstunden bedeutend schwächer als in Kassel selbst.

1000 Entlassungen bei der BVG

Aussprache des Generals Frisch mit Minister Bracht.

Berlin, 7. November.

Am Wahlsonntag wurde der Verkehr in Berlin in erweitertem Umfange durchgeführt. Größere Störungen sind nicht zu verzeichnen. In Verfolg der Ankündigung der Direktion der BVG. über die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches und über die arbeitsrechtlichen Folgen bei Nichtwiederaufnahme der Arbeit sind erstmalig in etwa tausend Fällen die Entlassungspapiere zugestellt worden.

Der Kommandeur des Wehrkreises III, General von Frisch, der Nachfolger des Generals Rundstedt, hat dem Reichskommissar für Preußen, Dr. Bracht, einen Besuch abgestattet. Wie verlautet, handelte es sich hierbei lediglich um eine vorsorgliche Fühlungnahme. Irgendwelche besonderen Maßnahmen seien nicht vereinbart, eine Aenderung der bisherigen nicht in Aussicht genommen worden.

Kirchenbotschaft an Schweden

Stockholm, 5. November.

König Gustav von Schweden empfing im Schloß zu Stockholm den Berliner Theologieprofessor Geheimrat D. Dr. Deißmann zur Entgegennahme einer Botschaft, die der Deutsche Evangelische Kirchenbund zum 300. Todestag Gustav Adolfs an die Kirche Schwedens gerichtet hat. Die Botschaft, die von D. Deißmann verlesen wurde, bringt den Dankesgruß und Segenswunsch des deutschen Protestantismus an die schwedischen Glaubensgenossen dar.

In seiner Antwort an D. Deißmann sprach der König seinen herzlichen Dank aus für die großartige Teilnahme Deutschlands an der schwedischen Feier, die durch die ihm übergebene Botschaft einen so erhabenen Ausdruck gefunden habe. Die Großtat des unsterblichen Heldenkönigs habe in gleicher Weise den evangelischen Kirchen in Schweden und Deutschland Segen gebracht. Mögen die beiden Kirchen fortdauernd im Geiste Gustav Adolfs zur Erfüllung ihrer christlichen Mission gemeinsam weiterwirken.

Ungarischer Staatsbesuch in Rom

Rom, 7. November.

Dem Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös, der heute auf drei Tage nach Rom kommt, wird in römischen politischen Kreisen große Beachtung geschenkt. Die Besprechungen des Ministerpräsidenten mit Mussolini sollen von besonderer Wichtigkeit sein und ziemlich viel Zeit beanspruchen. Eine Militärparade, ein Besuch beim Papst und ein Empfang beim König sind vorgesehen.

Attentat auf Hoover vereitelt

Der Sonderzug des Präsidenten sollte entgleisen.

Beloit (Wisconsin), 7. November.

Bahnpolizeibeamte verhafteten zwei Neger, die im Verdacht stehen, einen Anschlag auf den Sonderzug des Präsidenten verübt zu haben. Die Polizei hatte Kenntnis von dem Anschlagsplan erhalten und ließ während der ganzen Nacht die Stelle der Strecke überwachen, an der die Schienen beschädigt werden sollten. Die beiden Neger wurden in dem Augenblick verhaftet, als sie sich an der fraglichen Stelle zu schaffen machten.

Nationalisierung in Mexiko

Die mexikanische Regierung hat ein Dekret erlassen durch das die Bodenschätze an Gold, Kupfer, Antimon Quecksilber, Aluminium, Phosphaten, Salpeter, Kohle, Platin, Eisen und Wismuth nationalisiert werden. Das Dekret soll zum Ausdruck bringen, daß die genannten Bodenschätze als Nationalreserven zu betrachten sind. Das Dekret gegenwärtigen Mineral- und Erdöl-Konzessionen, die sich in Händen von Ausländern befinden, von dieser Maßnahme unberührt bleiben sollen.

Kleine politische Meldungen

Empfänge beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing den Reichskommissar für den Geschäftsbereich des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Universitätsprofessor D. Dr. Kähler, sowie den neuernannten deutschen Gesandten in Belgrad, Freiherrn Dufour von Feronce.

Gandhi droht mit Wiederaufnahme des Hungerstreiks. Gandhi hat erklärt, daß er wieder in den Hungerstreik treten würde, wenn die Hindukasten das Abkommen von Puna nicht restlos durchführten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219321108-13/fragment/page=0001

Wahlergebnis vom 6. 11. 1932

(Die nachgeordneten Zahlen geben die Ergebnisse vom 31. Juli 1932 wieder)

Ergebnis der Wahlkreise	Abgegeb. Stimmen	Nat.-Soz.	Soz.	Komm.	Zentr.	Dnat.	DVP.	Staatsp.	Chr.-S. Volksd.	Wirtsch.-P.	Landv.
1. Ostpreußen	1 065 213 1 145 303	422 494 536 278	211 363 223 938	148 026 147 393	79 810 88 069	153 263 107 998	14 897 9 519	5 918 6 399	15 243 12 422	1 248 1 614	— 950
2. Berlin	1 183 865 1 149 723	265 860 281 531	282 186 319 361	448 684 382 505	48 875 52 300	103 207 76 163	6 275 4 417	12 511 13 259	5 033 4 156	832 1 997	73 209
3. Potsdam II	1 175 750 1 131 166	341 883 371 695	267 559 296 309	272 149 228 222	53 708 58 499	178 951 122 641	20 146 12 727	22 445 23 616	6 214 5 087	1 293 2 772	333 232
4. Potsdam I	1 216 847 1 271 548	414 354 482 226	285 837 338 037	287 307 254 578	32 800 37 406	155 484 113 585	12 391 9 572	11 209 13 282	6 540 6 226	3 026 4 750	446 433
5. Frankfurt-Oder	913 000 943 493	389 036 451 080	207 634 219 885	104 159 90 300	56 369 59 369	118 903 86 565	12 650 9 079	5 900 6 829	5 314 4 966	— ——	— 1 274
6. Pommern	985 349 1 073 858	424 816 511 558	195 105 223 612	119 116 114 615	12 052 15 790	203 656 168 244	10 779 9 364	5 658 8 256	7 014 6 437	2 560 3 037	910 933
7. Breslau	1 089 566 1 133 294	440 359 489 835	251 626 274 989	114 791 99 343	163 468 166 044	84 051 63 512	6 891 5 253	5 811 5 167	9 912 9 767	1 675 2 554	652 657
8. Liegnitz	689 106 735 451	290 395 350 975	181 577 191 835	68 067 55 342	49 279 52 385	68 308 50 494	7 969 5 668	5 906 7 270	8 701 7 642	3 365 3 988	2 512 1 307
9. Oppeln	665 700 703 237	178 312 204 091	60 727 60 519	112 345 118 342	238 605 241 730	53 142 48 317	2 818 1 976	1 319 1 217	2 077 1 503	1 288 2 300	—— 942
10. Magdeburg	983 370 1 029 838	383 560 447 257	305 126 330 121	130 534 112 752	18 461 20 835	104 143 76 203	20 448 12 727	7 679 10 924	3 155 2 713	1 596 2 681	761 427
11. Merseburg	814 456 849 573	281 283 358 736	157 121 166 916	220 742 204 469	12 219 13 376	100 870 67 948	17 269 10 487	6 875 8 343	3 656 3 452	2 555 3 316	— 1 108
12. Thüringen	1 273 778 1 363 667	472 821 583 592	275 215 297 873	248 119 225 523	56 121 62 363	91 900 63 698	35 226 21 952	9 878 13 074	6 611 6 619	4 058 8 650	60 065 54 893
13. Schleswig-Holstein	944 983 1 001 070	432 056 506 117	233 466 259 634	125 286 106 058	9 605 12 277	96 944 64 767	20 291 14 031	11 449 14 036	7 820 6 846	1 439 1 734	—— 412
14. Weser-Ems	843 705 880 974	268 867 335 568	183 032 195 742	86 687 68 952	150 730 159 597	91 407 69 119	30 347 15 432	9 572 10 814	9 408 8 486	882 1 594	2 457 2 367
15. Osthannover	585 786 625 026	251 392 307 030	136 950 151 611	60 754 50 446	7 816 8 783	70 765 52 199	11 316 8 260	4 328 6 199	—— 4 303	630 2	1 449 713
16. Südhannover	1 193 053 1 237 214	484 840 565 948	369 918 387 984	127 600 99 760	55 966 61 171	88 850 62 613	26 296 16 392	7 375 9 404	867 5 597	933 1 712	1 435 665
17. Westfalen-Nord	1 378 987 1 449 158	307 717 368 416	233 554 258 514	217 943 187 042	439 621 472 150	98 423 81 597	26 852 17 957	3 517 4 817	27 038 23 745	2 769 5 716	9 854 4 944
18. Westfalen-Süd	1 439 490 1 498 735	357 486 404 850	240 469 278 883	333 591 306 687	332 005 351 686	89 902 70 090	21 147 14 976	6 456 8 335	40 776 34 697	2 927 4 690	2 023 1 693
19. Hessen-Nassau	1 447 325 1 491 986	596 285 645 394	291 839 330 853	194 216 155 033	202 753 222 580	72 266 59 171	42 385 23 573	12 807 10 287	21 522 18 489	2 623 4 818	4 109 4 105
20. Köln-Aachen	1 144 008 1 243 866	198 879 249 086	167 839 180 109	220 911 216 282	449 259 500 375	59 815 45 885	26 041 15 411	3 596 3 775	5 134 4 437	4 592 9 805	2 558 2 151
21. Koblenz-Trier	636 509 697 638	166 116 198 718	60 837 60 889	60 979 59 348	291 516 317 970	37 479 32 155	11 418 8 032	1 449 1 497	2 809 2 295	1 396 2 592	—— 2 210
22. Düsseldorf-Ost	1 204 306 1 273 101	324 565 399 749	138 980 154 810	340 903 332 806	246 634 260 786	85 957 61 938	28 948 14 698	3 461 3 781	19 370 17 002	5 237 8 313	— ——
23. Düsseldorf-West	1 008 624 1 059 645	244 270 284 206	96 661 106 797	227 620 207 893	331 334 357 871	70 279 61 871	15 518 10 307	1 867 2 233	8 548 8 307	1 787 3 876	— ——
					Bayr. Vp.						
24. Oberbayern	1 304 833 1 429 539	321 273 385 771	194 523 218 578	152 620 125 879	463 310 521 752	56 955 49 325	9 945 15 141	3 823 7 393	6 547 7 586	4 609 6 907	83 991 ——
25. Niederbayern	598 019 538 507	110 487 129 818	63 645 70 969	56 034 51 901	281 736 305 297	13 567 9 606	5 672 6 277	2 134 2 851	1 686 1 880	1 428 2 362	58 555 ——
26. Franken	1 380 985 1 488 458	502 845 589 865	278 644 313 471	117 619 102 759	335 078 365 635	92 041 59 930	10 713 8 248	7 235 7 807	17 415 14 575	5 891 6 748	4 004 1 343
27. Pfalz	536 140 555 917	228 126 241 257	86 547 97 036	69 111 58 986	120 873 [1]) 131 285	9 827 5 941	11 178 7 771	3 095 2 421	4 444 3 656	996 1 668	697 546
					Zentrum						
28. Dresden-Bautzen	1 115 839 1 172 801	378 826 456 964	328 931 361 081	189 908 165 728	21 465 24 663	90 854 64 197	45 687 34 017	16 899 19 614	14 373 10 922	14 934 10 710	4 207 2 990
29. Leipzig	847 762 841 812	265 215 300 424	272 587 275 900	175 986 156 041	8 987 9 299	61 094 37 173	25 185 18 416	11 066 14 427	7 348 6 114	8 252 6 438	637 830
30. Chemnitz-Zwickau	1 135 618 1 179 813	493 251 549 566	253 113 261 772	242 609 228 656	7 027 8 095	57 912 44 528	15 916 9 395	6 982 7 815	24 564 26 987	15 535 13 670	1 202 1 373
31. Württemberg	1 313 751 1 415 849	344 835 426 533	200 140 247 651	190 762 155 499	268 769 306 165	69 909 54 123	19 510 13 277	39 358 33 869	55 855 50 368	1 295 2 578	1 771 ——
32. Baden	1 186 635 1 283 202	404 509 468 180	154 351 172 474	169 132 142 543	329 612 369 188	47 400 38 470	23 567 14 990	26 903 27 382	21 081 20 368	3 530 6 414	—— 486
33. Hessen-Darmstadt	819 041 853 616	329 521 364 736	190 807 221 720	112 326 86 183	114 366 125 667	24 727 15 715	24 132 12 743	6 091 4 840	9 989 7 621	712 2 038	2 174 ——
34. Hamburg	761 159 765 059	206 862 254 983	218 128 239 428	166 665 133 713	13 309 15 254	71 029 39 651	25 182 14 833	40 957 45 706	7 177 6 535	1 943 3 258	—— ——
35. Mecklenburg	497 157 548 947	183 993 243 749	151 616 170 411	57 221 51 049	4 672 6 308	76 994 51 981	11 752 9 096	3 585 4 860	3 118 2 736	945 1 573	313 361
Insgesamt	35 379 011 37 162 084	11 705 256 13 745 780	7 231 404 7 959 712	5 970 833 5 282 626	5 309 917 4 458 051	3 061 626 2 177 414	659 703 436 014	337 871 371 799	412 523 364 542	110 117 146 875	148 982 90 554

Ferner erhielten noch die Volksrechtpartei 46 068 (0), Sozialrepublikaner (Hörsing-Bewegung) 8498 (0), Nationale Minderheiten 34 510 (0), Soz. Arbeiterpartei 45 036 (0). Ein Mandat erhielten die mit den Christlich - Sozialen in Listenverbindung stehenden Hannoveraner mit 63 999 Stimmen.

In den Zentrumsstimmen sind 1 081 595 Stimmen der Bayerischen Volkspartei enthalten.

Landbund gegen Reichskabinett

Berlin, 7. November.

Der Reichslandbund teilt mit: „Das Präsidium des Reichslandbundes sieht in der nochmaligen Verschiebung einer Entscheidung über die längst zugesagten und für die Rettung der deutschen Landwirtschaft unentbehrlichen Kontingentierungsmaßnahmen den Beweis, daß das Reichskabinett in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht gewillt und fähig ist, den zur Rettung Deutschlands führenden Weg einer zielklaren Nationalwirtschaft mit der notwendigen Entschiedenheit zu gehen."

Landwirtschaft fordert Kontingente

Berlin, 5. November.

Die Grüne Front hat an den Reichskanzler und an die Reichsregierung ein Telegramm gerichtet, in dem gegen die Hinausschiebung der Entscheidung über die zugesagte landwirtschaftliche Kontingentierung protestiert wird. Nur die sofortige autonome Verwirklichung der bereits seit langem in Aussicht gestellter Maßnahmen werde der deutschen Landwirtschaft den Glauben erhalten können, daß hinter wiederholten Kontingentierungsversprechen der ernste Wille steht eine lebensfähige Landwirtschaft zum Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft zu schaffen.

Verstärkte Wohlfahrtshilfe

Berlin, 5. November.

Eine Verordnung der Reichsregierung bringt für die Gemeinden eine weitere Erleichterung der Wohlfahrtslasten.

Sie geht davon aus, daß die Durchschnittszahl der Arbeitslosen im Jahre 1932-1933 voraussichtlich geringer sein wird, als man ursprünglich annahm, nämlich etwa 5,5 Millionen.

Für November sollen die Zahlungen aus dem Fonds für Wohlfahrtsunterstützte gegenüber Oktober um 5 Millionen auf 65 Millionen RM erhöht werden, weiter werden vom November 1932 bis zum März 1933 monatlich 10 Millionen Mark aus ersparten Mitteln der Arbeitslosenunterstützung für die kommunale Wohlfahrtsunterstützung zur Verfügung gestellt. Damit erhöht sich für November die Beihilfe des Reiches auf 75 Millionen RM.

Endlich soll der Zustrom der Arbeitslosen in der Wohlfahrtsunterstützung dadurch gestoppt werden, daß vom 28. November bis zum 31. März Arbeitslose aus der Krisenunterstützung nicht mehr in die Wohlfahrtsunterstützung versetzt werden. Damit würde ein langgehegter Wunsch der Gemeinden erfüllt.

Brauns Appell an Hindenburg

Berlin, 5. November.

Die preußische Staatsregierung veröffentlicht jetzt das Schreiben des Ministerpräsidenten Braun an den Reichspräsidenten. Zum Schluß erklärt Braun, die Staatsminister wären zufrieden, wenn sie ihre Aufgaben ordnungsmäßig einer verfassungsmäßig zustande gekommenen neuen Regierung übergeben könnten, und wenn sie nicht gezwungen würden, noch einmal den Staatsgerichtshof anzurufen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219321108-13/fragment/page=0002

Aus der Umgegend

Nebra, 7. November.

— **Vom Sonntag.** Wieder liegt ein Wahlsonntag hinter uns, das vierte Mal in diesem Jahre. Das Wählen wird dem deutschen Reichsbürger nachgerade eine gewohnte Sache, gerade so wie das Steuerzahlen; die Wahlberechtigten regen sich längst nicht mehr so auf, wenn sie den gewohnt geordneten Gang zu ihrem Wahllokal antreten, sie stellen sich auch nicht mehr so unbeholfen an beim Ausfüllen der Wahlzettel, so daß die Herren am Wahlbüro nur noch in den seltensten Fällen Rat zu erteilen nötig haben. Bei all dieser Wahlhäufigkeit wird aber auch das Interesse für die Wahlresultate immer geringer. Bei weitem ist das Gedränge an den Fenstern und in den Gaststätten, in denen die Resultate bekannt gegeben werden, nicht mehr so stark wie in früheren Jahren, auch die herauskommenden Resultate werden in aller Ruhe aufgenommen. Das Publikum ist eben gleichgültig geworden, es sagt sich, daß weder diese noch jene Partei wirkliche Hilfe bringen kann. Nun ist wieder einmal mit dem Stimmzettel eine „Schlacht" geschlagen, viel ist dabei wiederum nicht herausgekommen, denn das „Kräfteverhältnis" der einzelnen Parteien hat sich ja nur wenig verschoben, auch dieser neue Reichstag wird unfruchtbar bleiben und die Wählermassen dürfen damit rechnen, bald wieder zur Erfüllung der Wahlpflicht aufgerufen zu werden. Zunächst aber dürfen wir uns einige Wochen des von der Regierung angeordneten Burgfriedens erfreuen. Das ist wohl das beste, das gute Ende der diesmaligen Wahlkampagne. Nun können sich die Gemüter ein wenig beruhigen, auch kann dieser und jener hitzige Parteimann darüber nachdenken, ob er nicht doch in der Hitze des Gefechts dem Parteigegner Unrecht zugefügt, ihn gekränkt und verletzt hat. Vor allem aber ist es dringend wünschenswert, daß jetzt auf längere Zeit hin die gehässige Politik aus der Familie verbannt wird, denn das Weihnachtsfest rückt näher und bis dahin muß jeder Riß, den hier und da die politische Meinungsverschiedenheit zwischen Mann und Frau, Eltern und Kindern verursacht haben mag, wieder zugekittet sein. Hoffentlich werden wir in nächster Zeit vor unliebsamen Erschütterungen im öffentlichen Leben bewahrt.

— **Gemischter Chor.** Am Sonnabendabend vereinten sich die Mitglieder des Gemischten Chores mit ihren Familienangehörigen und einem kleineren Kreis geladener Freunde und Gönner im Saale des Hotel „Zur Burg" zur Begehung des Stiftungsfestes. Wie es im Kreise froher Sänger nicht anders sein kann, waren Stimmung und heitere Laune von anfang an eine ausgezeichnete, sie steigerte sich aber auf den Höhepunkt, als zur Freude aller Anwesenden ein lange gehegter Wunsch des Chors, ein sichtliches Zeichen der Zusammengehörigkeit, ein Symbol, um das sich alle vereinen können bei Zusammenkünften, zu besitzen, seine Erfüllung finden sollte. Ein Vereinsbanner — zunächst in Gestalt eines Tischbanners — ist beschafft und sollte gelegentlich des Stiftungsfestes seine Weihe erhalten. — Herr Rektor Böttcher war gebeten worden, die Weihe dieses dem Chor nun als ein liebes Vereinsfleinod geltende Banner zu weihen, und er erfüllte dieses Ansuchen mit von Herzen kommenden und Wiederhall in aller Herzen findenden Worten. Er ließ die Gedanken zurückschweifen auf die Zeit der Gründung des Chors, zeigte, wie die unermüdliche schöpferische Kraft des Herrn Kantor Schokmann es zuwege gebracht, den Chor zusammenzuschmieden und in verhältnismäßig kurzer Zeit so zu bilden, daß man bezüglich seiner Darbietungen, z. B. gelegentlich der Aufführung der Haydnschen „Schöpfung" und anderer Veranstaltungen von Höhepunkten sprechen darf. Ein ähnlicher Höhepunkt im Vereinsleben sei nun wieder der heutige Abend, der dem Verein das bringen soll, was die Sängerschar noch fester zusammenschließen soll: ein Vereinsbanner, das Zeichen der Zusammengehörigkeit, dem Führer wie Mitglieder zu folgen geloben, so wie draußen im Kampfe der Soldat seiner Fahne folgte. Die deutschen Gesangvereine bestellen und hüten das edelste Feld; das Saatkorn ist das deutsche Lied. Wer das pflegt, der rettet die deutsche Seele. Möge der Gemischte Chor auch fernerhin, wie bisher, von tüchtigen Führern geleitet werden, denn ein Verein ohne Führer ist wie ein Soldat ohne Waffe. — (Frl. Bischoff enthüllte inzwischen das verdeckt auf dem Tisch im Kreise der Sänger stehende Symbol.) — Der Sprecher weihte dasselbe, indem er sagte: das Vereinsbanner möge nun immer zur Stelle sein, wenn die Sängerschar sich zusammenfindet, sei es bei Uebungen oder festlichen Veranstaltungen, es möge ein Bindeglied darstellen zwischen Führer, Sängern und auch Vereinsfreunden. Mit dem Wunsche, daß der deutsche Sang immerfort blühen möge, damit die deutsche Volksseele wieder das werde, was sie war, übereignete er das Banner dem Verein. — Der Vereinsdirigent Herr Kantor Schokmann dankte Herrn Rektor Böttcher für seine freundlichen Worte und gab die Versicherung, daß Sängerinnen und Sänger sich um das kleine Banner scharen und das deutsche Lied hochhalten wollen. — Die Sängerschar begrüßte ihr schönes Vereinszeichen mit dem Sängergruß „Grüß Gott mit hellem, hohem Klang!" und dann wurde der frohe Tanz fortgesetzt. Frohsinn und Heiterkeit blieben zu Gaste, bis die zulässige Zeit abgelaufen war und der Wächterruf: „Hört Ihr Herren und laßt Euch sagen . . ." zum Aufbruch mahnte. — Gern ging wohl keiner nachhause, das mag gesagt sein zum Beweise dafür, daß jedermann der Abend sehr gut gefallen hat.

— **Männer-Gesangverein.** Am Sonntagabend versammelte sich der Männergesangverein mit Familienangehörigen zu einem gemütlichen Zusammensein im „Weißen Roß". Bei frohen Liederweisen und einem gutgepflegten Schoppen vergingen die Stunden rasch, zumal die Unterhaltung noch durch manchen humorvollen Scherz gewürzt wurde.

— **Neue Satzung der hiesigen Stadtsparkasse.** Der amtliche Teil der vorliegenden Ausgabe enthält eine Bekanntmachung der Stadtsparkasse über die neue Satzung, die nach der Genehmigung des Oberpräsidenten jetzt in Kraft tritt. Die Satzung entspricht der für sämtliche preußischen Sparkassen erlassenen Mustersatzung, deren Abweichungen von der bisherigen Fassung in vieler Hinsicht den Bestrebungen der Sparkassen und ihrer Organisationen Rechnung tragen. In dieser Beziehung ist es vor allem von Interesse, daß unsere Stadtsparkasse nunmehr eigene Rechtspersönlichkeit erlangt hat, d. h. daß sie eine selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts mit eigenem Sparkassenvermögen geworden ist. Für Verbindlichkeiten der Stadtgemeinde kann das Vermögen der Sparkasse niemals herangezogen werden. Dagegen haftet die Stadtgemeinde als Gewährsverband der Sparkasse nach wie vor für sämtliche Einlagen unbeschränkt. Von besonderer Bedeutung sind weiterhin die neuen Vorschriften über die Zahlungsbereitschaft der Sparkassen, durch die sichergestellt wird, daß die Sparkassen auch in Zeiten ungünstiger Konjunktur stark gerüstet sind, um den Zahlungsansprüchen der Sparer und sonstiger Einleger zu entsprechen. In dieser Regelung finden die schon immer von den Sparkassen befolgten Grundsätze einer umfassenden vorsorglichen Liquiditäts-Politik ihren Niederschlag. In der gleichen Richtung wirken die Begrenzung der Hypothekar-Kreditgewährung auf 40 Proz. der Spareinlagen und die wesentliche Herabsetzung der Höchstgrenze für Kommunalkredite, wenn auch festzustellen ist, daß die bisher im Kommunalkredit zulässigen Grenzen wohl nur in den seltensten Fällen in Anspruch genommen worden sind. Nach der neuen Mustersatzung dürfen höchstens 25 Proz. der Einlagen in Kommunalkrediten angelegt werden. Ende 1931 waren von den Sparkassen im Bezirk Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt lediglich 16,5 Proz. der eigenen und fremden Mittel als Darlehen an Kommunalverbände und andere öffentlichrechtliche Körperschaften herausgegeben. Die Kommunalkredite der Sparkassen des Bezirks liegen also noch wesentlich unter dem herabgesetzten Höchstsatz. — Ohne Zweifel ist die neue Satzung geeignet, den Sparern und sonstigen Einlegern in noch erhöhtem Maße Gewähr für eine sichere und ordnungsmäßige Verwaltung der Einlagen zu geben. In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, darauf hinzuweisen, daß die Einlagenentwicklung in der letzten Zeit sich bei den Sparkassen günstig gestaltet hat, und daß seit Mitte August die Einzahlungen wieder höher sind als die Auszahlungen. An einer günstigen Entwicklung der Einlagen bei seiner heimischen Sparkasse ist jeder interessiert, da die eingezahlten Gelder von der Stadtsparkasse durch Kreditgewährung der örtlichen Wirtschaft wieder zugeführt werden, soweit sie nicht flüssig zu halten sind. Von der heimischen Sparkapitalbildung hängen mit in erster Linie die Ueberwindung der Wirtschaftsnot und die Belebung der Wirtschaft ab. Die enge Verbundenheit der Sparkasse mit dem örtlichen Wirtschaftsleben ist auch in der neuen Satzung in der Weise festgelegt worden, daß die Sparkasse die nähere Heimat sparkassenmäßig zu betreuen und die verfügbaren Mittel dem Aufbringungsgebiet zuzuführen hat. So bleibt das Sparkapital dem heimischen Bezirk erhalten.

— **Heimattreffen ehem. 153er.** Am 13. November 1932 von 15.30 Uhr ab findet in Artern im Hotel „Zur Krone" das diesjährige „Heimattreffen" ehemaliger Angehöriger des J.R.153 statt. Es hat sich ergeben, daß der Gedanke eines solchen Heimattreffens von allen Kameraden freudig aufgenommen worden ist. Wer einmal an einer solchen Zusammenkunft teilgenommen hat, wird nicht versäumen, auch dieses Mal hierzu zu erscheinen." Die Kameraden in Artern haben alle Vorbereitungen getroffen, damit diese Versammlung sich würdig an die vergangenen anschließt. Es wird daher erwartet, daß alle Kameraden aus der engeren Heimat sich einfinden und auch diejenigen mitbringen werden, die aus irgendwelchen Gründen verhindert waren, bisher zu kommen.

— **Sonntagskarten nach Eisleben.** Am 10. November 1932 findet in Eisleben eine Vorfeier der im nächsten Jahre erfolgenden 450. Wiederkehr des Geburtstages Dr. Martin Luthers statt. Aus diesem Anlaß werden von allen Bahnhöfen im Umkreis von 125 Kilometern um Eisleben Sonntagsrückfahrkarten ausgegeben. Die Karten gelten am 10. November 1932 von 0.00 Uhr ab. Die Rückfahrt muß spätestens um 24 Uhr angetreten sein. Bei der Fahrkartenausgabe Roßleben werden an diesem Tage Blankorückfahrkarten nach Eisleben ausgegeben.

— **Ostsiedler aus der Provinz Sachsen.** Im Jahre 1932 sind bis zum 15. Oktober 175 provinzsächsische Familien im Rahmen der Ostsiedlung angesetzt worden, ein schöner Erfolg der Siedlungsberatungsstelle Halle, der es trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse gelungen ist, geeignete Güter zu finden und diese Güter mit geeigneten Siedlungsbewerbern zu besetzen. In der Zeit seit dem 15. Juni 1930 sind insgesamt 324 provinzsächsische Familien umgesiedelt worden. Sie wohnen in 18 Siedlungsdörfern in landsmannschaftlich geschlossenen Gruppen von 10 bis 12 Familien. Davon liegen 8 Dörfer in Mecklenburg-Schwerin, fünf in Brandenburg, drei in Pommern, eins in Mecklenburg-Strehlitz und eins in Niederschlesien.

— **Keine Zusammenlegung von Volkstrauertag und Totensonntag.** In einem Rundschreiben hat sich jetzt der Kirchenausschuß auf den Standpunkt gestellt, daß die Bestrebungen auf Einführung eines einheitlichen Volkstrauertages am Sonntag Reminiscere gefördert werden sollen, während der Totensonntag in seiner bisherigen Form beizubehalten ist und eine Zusammenlegung mit dem Volkstrauertag nicht in Frage kommt.

Naumburg. Ein Weißenfelser Händler hatte wegen einer Straftat zwei Monate Gefängnis erhalten. Zum Strafantritt meldete sich bei der Gefängnisbehörde ein Mann, der sich als der Bruder des Verurteilten war. Er stand nun vor dem Gericht wegen intellektueller Urkundenfälschung. Auf Befragen erklärte er, er habe sich für seinen Bruder zum Strafantritt gemeldet, um eine Unterkunft zu haben, da er arbeitslos sei. Nun wurde er zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Merseburg. Die Belebung der Stickstoffproduktion hat dazu geführt, daß etwa 700 Mann neu eingestellt werden konnten. Für die Lagerung des Kalisalpeters hat das Ammoniakwerk weiter den Bau eines neuen Silos in Auftrag gegeben.

Ammendorf. Nach einer Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei drohte zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten auf der einen und Stahlhelmangehörigen auf der anderen Seite eine Schlägerei auszubrechen. Nur durch rechtzeitiges Eingreifen der Polizei wurden die Tätlichkeiten verhindert.

Halle. Am Montag, 7. November, vormittags 9 Uhr, beginnt vor der hiesigen 1. Großen Strafkammer unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Dr. Brockmann der sogenannte „Große Heimstätten-Baubund-Prozeß". Da der Angeklagte Teerhorst bekanntlich nach Amerika geflüchtet ist, wird nur gegen acht Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder des Bundes verhandelt. Die Anklage wird voraussichtlich Staatsanwaltschaftsrat Besecke vertreten. Es wird mit einer Verhandlungsdauer von mehreren Wochen gerechnet. Die Verhandlungen finden im Schwurgerichtssaal statt.

Halle. Der kommunistische Reichstagskandidat Pfeiffer aus Berlin ist auf Grund eines gegen ihn erlassenen Steckbriefes in Halle verhaftet worden. Pfeiffer wird des Hochverrats beschuldigt.

Schkeuditz. Der unter dem Verdacht verhaftete Kraftwagenführer, vor etwa zehn Jahren den Sohn eines Mühlenbesitzers in Schafstädt (Kr. Merseburg) ermordet zu haben, wurde wieder freigelassen. Es hat sich nicht bestätigt, daß er mit der Tat etwas zu tun hat. Inzwischen ist eine weitere Festnahme erfolgt, und zwar handelt es sich wieder um einen Einwohner aus Schkeuditz, der nach Halle übergeführt worden ist.

Bornstedt (Kr. Sangerhausen). Ein falscher Steuerberater, der hier bei einer Anzahl von Einwohnern vorsprach und sich erbot, ihnen Steuererleichterungen zu verschaffen, ließ sich von den Besuchten eine Vollmacht unterschreiben und kassierte einen Vorschuß ein. Die Polizei warnt vor dem Schwindler.

Wippra (Mansf. Seekr.). Wegen Betrugs und Unterschlagung verurteilte das Große Schöffengericht Eisleben einen Kaufmann aus Wippra zu fünf Monaten Gefängnis. Der Verurteilte hatte als Rendant der Spar- und Darlehnskasse sowie des Pferdeversicherungsvereins für Wippra und Umgegend umfangreiche Betrügereien und Unterschlagungen verübt.

Kelbra. Die Stadtverordnetenversammlung ist durch Beschluß des Preußischen Staatsministeriums aufgelöst worden. Die Stadtverordneten hatten ihre Mandate zur Verfügung gestellt, und da auch die Listennachfolger ihre Wahl ablehnten, war Kelbra ohne Stadtparlament. Der Grund für dieses Verhalten der Stadtverordneten war, daß der kommunistische Beigeordnete Gerlach-Kelbra, der wegen Aufforderung zum Steuerstreik angeklagt, aber freigesprochen worden war, von der Regierung nicht wieder in sein Amt eingesetzt wurde. Die Neuwahlen finden am Sonntag, 11. Dezember, statt.

Erfurt. In einer chemischen Fabrik in Erfurt-Nord entstand am Freitag ein Großfeuer, das binnen kurzem außerordentlichen Umfang annahm. Während der Frühschicht war plötzlich eine große Flamme hervorgeschossen, die auf die feuergefährlichen Chemikalien übergriff, so daß der Versuch der Belegschaft, mit Handfeuerlöschapparaten den Brand zu löschen, scheiterte. Als die Feuerwehr eintraf, lag eine ungeheure Rauchwolke über dem Fabrikgelände. Sämtliche Zugangsstraßen wurden abgesperrt, und sechs Schlauchleitungen traten in Tätigkeit. Glücklicherweise war der Brand in den hinteren Anlagen der Fabrik ausgebrochen, die von den anderen Räumen isoliert sind. Wäre das Feuer in den Vorderräumen ausgebrochen, so hätte **das ganze Werk in die Luft fliegen können.**

Das Seitengebäude brannte völlig aus. Große Mengen von Harzstoffen und Korkschrot fielen dem Feuer zum Opfer. **Der Brandschaden soll etwa 30 000 Mark betragen.** — Dank dem schnellen Eingreifen der Feuerwehr kann der Betrieb der Fabrik weiter aufrecht erhalten werden.

Erfurt. Am Freitag hatte sich der 19jährige Arbeiter Paul Gerlach vor der Großen Strafkammer zu verantworten. Er hatte im August die Schaufenster einiger Konfektionsgeschäfte eingeworfen und aus ihnen Garderobe gestohlen, drei Fahrräder vor der Ortskrankenkasse entwendet und am Stadtpark einer Dame die Handtasche sowie in einem Treppenhaus einer Frau den Marktkorb entrissen. Der jugendliche Räuber und Dieb wurde zu **sechs Jahren Zuchthaus,** die mit ihm angeklagten Arbeiter Otto Seebohn und Karl Schütze zu einem Jahr sechs Monaten und einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Droßig b. Zeitz. Am vergangenen Sonnabend waren durch ein Großfeuer auf dem Grundstück des Gutsbesitzers Ulrike Wirtschaftsgebäude, Erntevorräte und Maschinen vernichtet worden. Jetzt hat ein Dienstmädchen des Gutsbesitzers Ulrike gestanden, in einer Scheune das Feuer angelegt zu haben.

Lissen (Kr. Weißenfels). Großfeuer richtete in der seit einem Jahr stilliegenden Chamottefabrik schweren Schaden an. Als Entstehungsursache wird Brandstiftung vermutet.

Gräfenhainichen. Der Haushaltsplan der Stadt schließt mit einer Schuldenlast von beinahe zwei Millionen Mark und mit einem ungedeckten hohen Fehlbetrag. Der Regierungspräsident hat deshalb veranlaßt gesehen, die Bürgersteuer für 1933 auf 600 Prozent zu erhöhen. Diese Mehrbelastung der Steuerzahler ist gewiß sehr hart, und wird auf das ohnehin schon stark gedrückten Wirtschaftsleben nicht ohne Einfluß bleiben, zumal erhebliche Steuerlasten zu tragen sind.

Halberstadt. Die Sozialbeamtinnen der Provinz Sachsen hielten hier eine Tagung ab, auf deren öffentlicher Kundgebung die frühere Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Lüders-Berlin über das Thema sprach: „Staatsbürgertum, unser Recht und unsere Pflicht".

Halberstadt. Beim Bahnübergang über die Halberstädter und Blankenburger Eisenbahn in der Nähe der Schwarzen Brücke wurde ein Raupenschlepper der Gutsverwaltung Stern vom Zuge erfaßt. Der Führer des Schleppers mußte schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Der Schlepper ist erheblich beschädigt worden.

Köthen (Anhalt). Die Anhaltische Regierung gibt bekannt, daß bei dem gegenwärtigen starken Andrang des philologischen Nachwuchses und der Aussichtslosigkeit späterer Beschäftigung diejenigen Hörer, die sich im Winterhalbjahr dem Studium der Schulwissenschaften widmen, nicht damit rechnen können, zur praktischen Ausbildung für das höhere Lehramt in Anhalt zugelassen zu werden.

Aschersleben. Der Stadtoberinspektor G. war vom Gericht in Halberstadt wegen Unterschlagung verurteilt, später aber vom Oberlandesgericht freigesprochen worden. Die Dienststrafkammer in Magdeburg hatte nun darüber zu entscheiden, ob der Oberinspektor weiter in den Diensten der Stadt bleiben könne. Das Gericht bejahte die Frage, legte dem Beamten aber eine Geldbuße von einem Fünftel seines Gehaltes für drei Jahre auf.

Magdeburg. Von einem Triebwagen erfaßt wurde auf dem Hauptbahnhof der Lokomotivoberheizer Treue, der mit seiner Maschine vor dem Wasserkran zur Wasseraufnahme hielt. Er erlitt eine Gehirnerschütterung und wurde besinnungslos nach dem Altstädtischen Krankenhaus gebracht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219321108-13/fragment/page=0003

Gustav Adolf-Feier in Lützen

Lützen. Am Schwedenstein auf dem Lützener Schlachtfeld, der zur Erinnerung an den Tod Gustav Adolfs vor 300 Jahren errichtet wurde, begingen am Sonntag Deutsche, Schweden und Finnen eine Gedenkfeier zu Ehren des großen Schwedenkönigs. Schon in den frühen Morgenstunden waren die Straßen, die zum Schwedenstein vor den Toren der Stadt führen, von dichten Menschenmassen umsäumt. Für die deutsche Wehrmacht war der Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein-Equordt, anwesend. Die Gedächtnisfeier nahm ihren Anfang in der zu Ehren Gustav Adolfs errichteten Kapelle. Zu Beginn der Feier entbot im Namen des Deutsch-Evangelischen Kirchenbundes Präsident D. Kapler der Festgemeinde den Gruß der deutschen Kirchen.

Nach dem Gottesdienst gruppierten sich die Fahnenabordnungen um den Gedenkstein. Der Kronprinz von Schweden, in der Uniform seines Leibregiments, trat vor den Stein und zeichnete in längerer Rede das Bild seines großen Ahnen.

Dann sprachen Worte des Gedenkens der Vertreter des finnischen Staatspräsidenten und der finnischen Regierung General Fretherr von Mannerheim, sowie ein Sprecher der Reichsregierung, Regierungspräsident Dr. Sommer-Merseburg. Es folgten dann in langer Reihe Kranzniederlegungen, durch die der große Schwedenkönig von Vertretern staatlicher und kirchlicher Behörden geehrt wurde. Nach der Feier begab sich das schwedische Kronprinzenpaar nach Weißenfels, wo ein Gustav-Adolf-Gedenkstein enthüllt wurde.

Die Michelwerke schaffen Arbeit

Um die Wirtschaftsbelebung zu fördern, ist von den Michelwerken eine Reihe von Aufträgen,

vorwiegend an die Maschinenindustrie,

erteilt worden. In Großkayna, auf dem Stammwerk Michel-Besta, wird die Aufbereitungsanlage umgebaut werden. Die Formzeugschleiferei wird erweitert. In den Brikettfabriken werden die Inneneinrichtungen ausgebaut. Eine neue Brikettverladeanlage soll auf dem Werke „Gute Hoffnung" bei Roßbach konstruiert werden. Rund 250 000 Mark werden zunächst in diese Arbeiten investiert.

Reichsbahn und Harzer Wintersportverkehr.

In Bad Harzburg hielten Vertreter der Reichsbahndirektionen, in deren Bereich der Wintersportverkehr nach dem Harz fällt (Hannover, Halle, Kassel usw.) eine Zusammenkunft ab. Es wurden die betrieblichen Maßnahmen erörtert, die zur Abwicklung des Wintersportverkehrs durch Einlegung von Sonderzügen, Verstärkung der Züge an den Sonnabenden und Sonntagen und andere Verkehrsverbesserungen erforderlich sind. An der Besprechung nahmen auch die Vertreter der Verkehrsorganisationen im Harz teil, damit nach Möglichkeit die Wünsche derselben für Erleichterung des Wintersportverkehrs berücksichtigt werden können.

Konkurs von Gemeinden unzulässig

Dessau. Der Anhaltische Staatsminister erläßt in der Gesetzsammlung eine Notverordnung, wonach es zur Einleitung der Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen gegen Gemeinden und Gemeindeverbände der Genehmigung des Staatsministeriums bedarf. Die Abteilung Inneres bestimmt auf Antrag des Gläubigers die zu versteigernden Gegenstände. Sie darf die Versteigerung nicht zulassen, wenn der geordnete Gang der Verwaltung oder die Versorgung der Bevölkerung gestört wird. Ein Konkursverfahren über das Vermögen einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes darf nicht stattfinden.

Schnellgerichtsverhandlung am 5. November 1932.

1. Vorsitzender: Amtsgerichtsrat Meischeider als Schnellrichter; Vertreter der Staatsanwaltschaft: Justizobersekretär Thiele; Protokollführer: Justizsekretär Wüstenei, sämtlich in Nebra a. U.

Vorgeführt vom Oberlandjäger Bliez wurden der Arbeiter Karl Lange und der Fleischer Otto Müller, beide aus Nebra a. U. Sie werden beschuldigt, am 2. November morgens 8 Uhr gemeinschaftlich in der Flur Nebra a. U., einem Ort, an dem zu jagen sie nicht berechtigt sind, die Jagd ausgeübt zu haben und zwar indem sie dem Wilde mit Schlingen nachstellten. Die Angeklagten bestreiten die Tat. Das Gericht schenkte dem Zeugen Flurschutzbeamten Bleichert durchaus vollen Glauben und verurteilte die beiden Angeklagten je zu 4 Monater Gefängnis wegen Jagdvergehens. Weiter wurden den Angeklagten die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Spiel und Sport

Nebraer Sportvereinigung 1924

Zu den angesetzten Verbandsspielen zogen es die Gegner vor, nicht anzutreten. Die 2. Mannschaft sowie die Schülerelf kam dadurch kampflos zu weiteren Punkten. Schließlich einigten sich verschiedene anwesende Spieler der 1. und 2. Mannschaft für den Spielausfall ein Spiel auszutragen. Eine A.-Mannschaft schlug die B.-Mannschaft nach flottem Spiel 4:2.

Mittwoch abend 8 Uhr Spielausschuß-Sitzung im Vereinslokal „Schützenhaus".

Arbeitslosigkeit zwingt viele zu weitgehenden Einschränkungen. Auf manche liebgewordene Annehmlichkeit heißt es da, wenigstens vorübergehend, verzichten. Bei allen diesen aufgezwungenen Sparmaßnahmen sollte man sich selbst aber nicht vernachlässigen, denn beim Arbeitsuchenden ist es doch so, daß der erste Eindruck der beste ist. Mit ungepflegten Zähnen und unangenehmen Mundgeruch kann man nirgendwo Freunde erwerben. Der Wahlspruch müßte also lauten: „Tu etwas für Dein schönes Aussehen, pflege Deine Zähne, damit sie eine Empfehlung für Dich sind, benutze eine der bekannten Mittel wie die berühmte Chlorodont-Zahnpaste, die von höchster Qualität ist, und spüle am Tage öfters Deinen Mund mit dem wohlschmeckenden und überaus sparsamen Chlorodont-Mundwasser. So schaffst Du die Grundlage für ein sympathisches Aeußere und hast Erfolg im Leben."

Ergebnisse der Reichstagswahl

Ort	1 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei		2 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S.P.D.)		3 Kommunistische Partei Deutschlands		4 Deutsche Zentrumspartei		5 Deutschnationale Volkspartei		7 Deutsche Volkspartei		8 Deutsche Staatspartei		9 Christlichsozialer Volksdienst		10 Reichspartei des deutschen Mittelstandes	
	1	2*)	1	2*)	1	2*)	1	2*)	1	2*)	1	2*)	1	2*)	1	2*)	1	2*)
Nebra	348	429	265	290	450	418	5	4	125	98	14	15	6	5	1	1	—	3
Roßleben	802	925	299	320	517	505	16	18	179	110	38	31	10	9	2	—	—	1
Querfurt (Stadt)	1505	1698	368	366	1192	1151	47	62	387	294	43	27	63	71	11	2	1	1
Bottendorf	245	324	75	87	317	273	4	5	73	50	6	—	3	—	1	—	2	—
Schönewerda	152	172	9	13	37	45	—	—	66	58	2	1		1	—	—	—	—
Eßmannsdorf	68	81	15	20	76	72	—	—	19	14	1	1		—	—	—	—	—
Wendelstein	46	59	17	30	66	49	5	7	11	7	—	—	1	—	—	—	—	—
Ziegelroda	259	288	40	46	54	43	1	—	5	7	—	—	—	2	—	—	—	—
Großwangen	53	49	31	42	65	69	—	—	14	12	3	2	3	4	—	—	—	—
Kleinwangen	60	87	68	78	30	32	—	—	22	19	—	—	—	—	1	—	—	—
Vitzenburg, Pretitz	74	102	67	72	86	92	—	1	88	70	3	2		—	1	1	—	1
Liederstädt	92	108	29	29	22	13	—	—	17	15	2	—	—	—	—	—	—	—
Reinsdorf b. Nebra	122	152	135	131	42	71	—	1	58	33	1	—	1	6	—	—	—	—
Wiehe	603	696	81	90	353	317	1	—	100	55	18	12	4	3	1	—	1	—
Donndorf	229	290	49	64	90	78	1	7	62	66	7	5	—	6	—	—	1	1
Wilersdorf	98	133	5	9	49	46	1	—	42	45	7	1	2	—	—	—	—	—
Wohlmirstedt	107	129	27	31	33	28	1	—	31	36	4	6	—	—	1	1	—	—
Memleben	174	201	59	49	89	86	1	—	12	7	4	6	—	4	—	—	2	2

2*) sind die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932.

Kreis Querfurt: Liste **1** NSDAP. **14852** (18884), **2** SPD. **6865** (7438), **3** KPD. **8564** (7820), **4** Zentrums-P. **319** (414), **5** DNVP. **5895** (4459), **7** DVP. **422** (321), **8** D. Staats-P. **250** (267), **9** Christl.-Soz. Volksdienst (Evang. Bewegg.) **114** (151), **10** Reichs-P. d. D. Mittelst. (Wirtsch.-P.) **19** (61).

Betr.: Neue Satzung der Stadtsparkasse.

Die vom Magistrat der Stadt Nebra neu beschlossene Satzung der Stadtsparkasse hat der Herr Oberpräsident der Provinz Sachsen in Magdeburg am 18. Oktober 1932 genehmigt. Nach § 40 Abs. 1 der Satzung ist die für die Stadtsparkasse genehmigte Satzung mit dem 18. Oktober 1932 in Kraft getreten. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die bisherige Satzung außer Kraft.

Die Satzung hängt im Geschäftsraum der Stadtsparkasse aus.

Nebra a. U., den 7. November 1932.

Der Vorstand der Stadtsparkasse. Grünberg.

Billige

Schlachte-Gewürze

Pfeffer, schwarz, Pfd. **1,20**
Pfeffer, weiß, „ **1,28**
Piment (neue Würze) „ **1,30**
Nelken, gz. „ **1,55**
Nelken, gem. „ **1,80**
Ingber, gem. „ **1,60**
Kümmel, (Holländ.) „ **—,38**
Majoran, gerebbelt „ **1,—**

Hugo Mögling.

Eine große Gelegenheit!

Hier ist sie! An Ihnen liegt es, sie zu nutzen!

1 Speisezimmer, echt Eiche mit Nußbaum kpl. bestehend aus: 1 Büfett (Aufsatz m. gerundeten Gläsern, 2 Silberkästen usw.), 1 Kredenz, 1 Ausziehtisch, 4 Stühle . . . . **nur RM. 290.–**

Ich rate Ihnen gut: Kaufen Sie noch jetzt!

1 Küche, naturlasiert, mod. Büfett 120 br. m. Kühlfach, Tisch mit Kasten, 2 Stühle mit vertiefstem Sitz, 1 Fußbank, 1 Handtuchhalter, alles mit Linoleum . . . . **nur RM. 125.–**

Farbige Küchen auch billiger!

Qualität, Preise und Zahlungsweise nirgends vorteilhafter als bei

Schütze, Inh. A. Gieseler

Sangerhausen, Kylischestraße 28, 32 und 34

Die leistungsfähige Großfirma.

Geschäftseröffnung.

Der geehrten Einwohnerschaft von **Nebra und Umgegend** zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich am **12. November 1932** in der **Bahnhofstraße** ein

Friseurgeschäft

eröffne. Es wird immer mein eifrigstes Bestreben sein, eine mich beehrende Kundschaft zur vollsten Zufriedenheit zu bedienen. Ich bitte höfl., mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll! **Willy Wika.**

Große Ueberraschung!

Burkbraun-Happen

ein köstliches Qualitäts-Produkt in verschiedenen Geschmacksarten

à Riegel 50 g zum Preise von 10 Pfg. gibt ab

solange Vorrat reicht

Hugo Mögling.

Feinste Fett-Bücklinge

treffen heute abend gegen 6 Uhr frisch ein

Hugo Mögling

Ein Inserat

im **Nebraer Anzeiger,** dem Heimatsblatt, **bringt Ihnen Gewinn!**

Druckfachen aller Art

fertigt an in sauberer, moderner Ausführung und liefert prompt, gut und billig

Buchdruckerei Wilh. Sauer, Roßleben.

Süßkirschwildlinge (Straßenbäume),

hellr. Harzer Vogelkirsche, sowie

Schattenmorellenbuschbäume

empfiehlt in großer Auswahl und zu niedrigen Preisen

G. Graebe, Pretitz b. Vitzenburg.

Spare mündelsicher bei der **Stadt-Sparkasse Nebra a/U.**

Für 30 Pfennig 4 Wochen zur Probe

die Deutsche Kurz-Post, Deutschlands einzige Kurz-Zeitung für Politik, Wirtschaft, Kultur.

Was die DKP ist?

Eine Zeitungs-Zeitung, die wöchentlich einmal in kurzer, übersichtlicher Form alle Vorgänge der Weltgeschehens bringt!

Die tendenzlose Zeitung in Kurz-Stil, die Ihnen keine Meinung aufdrängt, dafür aber eine wirklich objektive Berichterstattung gewährleistet.

Eine Zeitung der Tatsachen, extra geschaffen für Sie, den Vielbeschäftigten, den überlasteten Geistesarbeiter!

Bitte schicken Sie uns den anhängenden Gutschein mit Ihrer Unterschrift und 30 Pfg. in Freimarken zu. Wir geben Ihnen damit die Chance, eine in Deutschland einzig dastehende Einrichtung kennen zu lernen!

Rudolf LORENTZ Verlag · Charlottenburg 9

(Bitte hier abtrennen!)

Gutschein!

Für ein vierwöchentliches vollkommen unverbindliches Probeabonnement auf die Deutsche Kurz-Post, Deutschlands Kurz-Zeitung. Für Portospesen liegen 30 Pfg. in Freimarken bei.

(Anschrift bitte deutlich! – 30 Pfg. in Freimarken nicht vergessen!)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219321108-13/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Mögling (vorm. Ww. Meitz), Markt 34/35
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 134 Dienstag, den 8. November 1932 45. Jahrgang

Vorläufiges Endergebnis

Abgegeb. Stimmen	35 409 718	(bish.	36 882 354)
Nationalsozialisten	11 712 983	(„	13 745 780)
Sozialdemokraten	7 233 534	(„	7 959 712)
Kommunisten	5 972 702	(„	5 282 626)
Zentrum	4 228 364	(„	4 558 051)
Deutschnationale	2 951 839	(„	2 177 414)
Bayr. Volkspartei	1 080 124	(„	1 323 969)
Deutsche Volkspartei	659 931	(„	436 014)
Deutsche Staatspartei	326 805	(„	371 799)
Christl.-Soz. Volksd.	402 803	(„	364 542)
Wirtschaftspartei	110 830	(„	146 875)
Landvolk	164 848	(„	90 554)

Ferner erhielten: die Volksrechtspartei 26 068 (0), Sozialrepubl. Hörsing 8498 (0), Nationale Minderheiten 34 510 (0), Soz. Arbeiterpartei 45 036 (0).

Der neue Reichstag

Nach dem vorläufigen Endergebnis wird der neue Reichstag 582 Abgeordnete zählen, also 26 weniger als sein Vorgänger. Unter Berücksichtigung der Listenverbindung usw. werden sich im neuen Reichsparlament die Mandate wie folgt verteilen:

Nationalsozialisten	195	(230)	— 35
Sozialdemokraten	121	(133)	— 12
Kommunisten	100	(89)	+ 11
Zentrum	69	(75)	— 6
Deutschnationale	52	(37)	+ 15
Bayer. Volkspartei	19	(22)	— 3
Deutsche Volkspartei	11	(7)	+ 4
Deutsche Staatspartei	2	(4)	— 2
Chr.-Soz. Volksdienst	5	(4)	+ 1
Wirtschaftspartei	2	(2)	(—)
Deutscher Bauernbund	3	(2)	+ 1
Hannoveraner	1	(—)	+ 1
Württemb. Weing.	2	(2)	(—)

Von den abgegebenen Stimmen entfielen in Prozenten ausgerechnet auf die größeren Parteien: Nationalsozialisten 33,1 (37,4), Sozialdemokraten 20,5 (21,6), Kommunisten 16,8 (14,5), Zentrum 11,9 (12,5), Deutschnationale 8,6 (5,9), die Bayerische Volkspartei 3,1 (3,2).

Nach der Schlacht

Das Merkmal der neuen Reichstagswahl ist der Rückgang der Nationalsozialisten. Während bei allen anderen Wahlgängen dieses Jahres die nationalsozialistische Bewegung von Wahl zu Wahl immer größere Massen der Wähler erfaßte, ist diesmal nicht nur ein Stillstand, sondern auch ein erheblicher Rückgang der Stimmenzahl eingetreten, und zwar verteilt sich der Stimmenverlust ziemlich gleichmäßig auf alle Wahlkreise. Auch die übrigen Oppositionsparteien, die Sozialdemokraten und das Zentrum, haben ihre Stimmenzahl nicht ganz behaupten können, doch sind ihre Verluste nicht so erheblich wie die der NSDAP. Als Gewinner gehen aus diesem Wahlkampf die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei hervor, die beide die Wahlparole für das Kabinett Papen ausgegeben hatten. Recht stark ist auch der Stimmenzuwachs der Kommunisten, mit dem jedoch von vornherein gerechnet wurde.

Das große Fragezeichen bei der Wahlentscheidung am 6. November war die Wahlbeteiligung. Da der deutsche Staatsbürger nun schon zum fünften Male in diesem Jahre zur Wahlurne schreiten sollte, hatte man allgemein mit einer gewissen Wahlmüdigkeit gerechnet. Völlig ungewiß war jedoch, wie hoch man den Faktor der Wahlmüdigkeit bei den einzelnen politischen Gruppen ansetzen mußte. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen glaubte man verschiedentlich mit einer verstärkten Wahlenthaltung bei den bürgerlichen Parteien rechnen zu können, während man bei den radikalen Oppositionsparteien rechts und links kaum eine schwächere Beteiligung erwartete. Der 6. November hat ergeben, daß diese Prophezeiungen doch sehr danebengingen. Es hat sich gezeigt, daß die rechtsstehenden bürgerlichen Gruppen unter Führung Hugenbergs und Dingeldeys erheblich verstärkt in den Reichstag zurückkehren. Ihr Zuwachs dürfte sich im wesentlichen aus den Wählern rekrutieren, die bei den letzten drei, vier Wahlen zur äußersten Rechten abgewandert waren und nun den Weg zu ihren alten Parteien zurückgefunden haben. Ausschlaggebend für diesen Entschluß dürfte vor allem die Enttäuschung darüber gewesen sein, daß Hitler entgegen der Erwartung dieser Kreise nach der letzten Wahl nicht in das „Kabinett der nationalen Konzentration" unter Papen eingetreten ist, und zweitens wird die Hoffnung auf das Wirtschaftsprogramm des Kabinetts Papen eine gewisse Rolle gespielt haben.

Insgesamt ist rund eine Million Wähler von der Hitlerbewegung zu den gemäßigten Rechtsparteien abgewandert. Die zweite Million, die die NSDAP. einbüßte, ist offenbar der Wahl ferngeblieben. Denn die Gewinne der Kommunisten dürften zum allergrößten Teil aus den 700 000 Wählern bestehen, die der SPD. verloren gegangen sind. Die Stimmenverluste des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei kann man wohl auf die Wahlmüdigkeit zurückzuführen, denn auch diese 3—400 000 Stimmen, die beide Parteien diesmal weniger erhalten haben, sind keiner anderen Partei zugute gekommen. Staatspartei und Wirtschaftspartei haben sich von ihrer Niederlage bei der Juliwahl nicht mehr erholen können und spielen auch im neuen Reichstag keine Rolle mehr, dagegen hat sich die Stimmenzahl des Christlich-Sozialen Volksdienstes und des Landvolks etwas gehoben.

Was soll nun werden? Ist dieser neue Reichstag arbeitsfähig? Ist überhaupt eine Mehrheit denkbar? Vor der Beantwortung dieser Fragen muß man sich zunächst vergegenwärtigen, worum sich dieser Wahlkampf gedreht hat. Die Reichstagsauflösung ist von dem Kabinett zweifellos deshalb herbeigeführt worden, um die Mehrheit aus Zentrum und Nationalsozialisten zu brechen. Im vorigen Reichstag mit seinen 608 Abgeordneten hatten diese beiden Parteien eine allerdings kleine Mehrheit. Sie verfügten über 305 Abgeordnete, hatten also eine Mehrheit von zwei Stimmen. Unter Einbeziehung der Bayerischen Volkspartei vergrößerte sich diese Mehrheit auf 24 Mandate. Bei der Wahl am 6. November haben diese Parteien über 40 Mandate und damit auch die absolute Mehrheit verloren. Auch die beiden marxistischen Parteien verfügen nur über 221 Mandate und kommen also für die Regierungsbildung nicht in Betracht. Ebensowenig sind die Parteien der alten Weimarer Koalition imstande, eine arbeitsfähige Mehrheit zu bilden. Desgleichen bringen alle Rechtsparteien einschließlich der NSDAP. keine absolute Mehrheit zusammen.

Ein arbeitsfähiger Reichstag ist nur denkbar, wenn Nationalsozialisten, Zentrum und die beiden Rechtsparteien, die bereits vorher das Kabinett gestützt haben, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen. Ob es dazu kommen wird, muß sich in den nächsten Wochen zeigen. Große Hoffnungen kann man sich allerdings nicht machen.

Ruhiger Wahlverlauf

Berlin, 7. November.

Der fünfte Großwahltag dieses Jahres ist im allgemeinen ruhig und reibungsloser verlaufen als die vorangegangenen Wahlsonntage. Obwohl gerade diesmal der Wahlkampf mit besonderer Schärfe geführt wurde, ist es fast nirgends, nach den bisher vorliegenden Meldungen, zu beachtlicheren Zwischenfällen gekommen.

In Berlin, das auch am Wahltag noch im Zeichen des Verkehrsstreikes und des Notverkehrs nur eines Teiles der Straßenbahnlinien stand, wurde geradezu ein Rekord an geringen Zwangsgestellungen erreicht. In der Nacht vor der Wahl hatte sich die Zahl der Festgenommenen auf vierundzwanzig, am Vormittag des Wahltages selbst wurden nur sechsundzwanzig Personen fistiert, neben Angehörigen der KPD. und der NSDAP. einige Reichsbannerleute und ein größerer Teil Parteiloser. Die Feststellungen erfolgte am Wahltag fast ausschließlich wegen Verteilung von verbotenen Flugblättern. Das Straßenbild der Reichshauptstadt erhielt auch diesmal wieder, wie bei früheren Wahlen insbesondere in den Wohngegenden, sein Gepräge durch den Flaggenkrieg.

Der Wahlakt selbst stand zunächst im Zeichen einer erheblich schwächeren Wahlbeteiligung als bei den vergangenen Wahlen. Bis gegen Mittag hatte bei weitem noch nicht die Hälfte der Wahlberechtigten ihrer Pflicht genügt! Offensichtlich ist dieser Unterschied gegen die letzten Wahl auf die Jahreszeit und die Witterung zurückzuführen, die nicht wie am 31. Juli zu Ausflügen lockt, und so ein früheres zur Wahl Gehen veranlaßt.

Wie üblich, fanden die Ministerwahllokale ein besonderes Interesse. Das Café in der Kanonierstraße, in dem der Reichspräsident wählt, war schon vor Beginn der Wahlzeit von Schaulustigen und Photographen umlagert.

Wahlverlauf in Mitteldeutschland

Der Wahlsonntag ist in Mitteldeutschland so gut wie vollkommen ruhig verlaufen. Im Regierungsbezirk Magdeburg bildete eine Ausnahme Staßfurt, wo bei einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten mehrere Personen zum Teil erheblich verletzt wurden. In Magdeburg selbst zeigte das Straßenbild, mit Ausnahme des besonders lebhaft in Erscheinung tretenden Flaggenstreits, fast keine Veränderung. Auffallend war hier, daß die bekannteren Parteiführer in den letzten Tagen das flache Land für ihre Propaganda bevorzugten.

In Halle hatte die Polizei umfangreiche Vorbeugungsmaßnahmen getroffen. Am Sonnabend war in der Nähe des Braunen Hauses ein Polizist von Nationalsozialisten bedrängt worden, er konnte sich seiner Gegner jedoch mit der Pistole erwehren. In der Nacht zum Wahlsonntag wurde das Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Preußenring mit roter Farbe beschmiert.

Auch in Erfurt und Weimar unterschied sich das Straßenbild nur wenig von dem anderer Sonntage. Nur am Vortage der Wahl war es in Weimar zu wiederholten Reibereien zwischen politischen Gegnern gekommen. Der Streifendienst der Polizei konnte jedoch die Ordnung aufrechterhalten. Einen Schwerverletzten soll es aber gegeben haben.

Der Wahlkampf hatte in Kassel bereits Donnerstag mit der Hitlerversammlung seinen Höhepunkt erreicht. In den beiden letzten Tagen wurde lediglich auf den Straßen und Plätzen in breiter Front eine Flugblattwerbung eröffnet. Die große Ruhe, die in den letzten Tagen vorherrschend war, stand im vollen Gegensatz zu der Lebhaftigkeit des Wahlgeschäfts am Sonntagvormittag, ist doch die Wahlbeteiligung teilweise, wenigstens vormittags, stärker gewesen, als bei der letzten Wahl. In Kassel ist es nirgends zu irgendwelchen Zwischenfällen gekommen. In der Umgebung von Kassel, auf dem Lande, war die Wahlbeteiligung in den Vormittagsstunden bedeutend schwächer als in Kassel selbst.

1000 Entlassungen bei der BVG

Aussprache des Generals Fritsch mit Minister Bracht.

Berlin, 7. November.

Am Wahlsonntag wurde der Verkehr in Berlin in erweitertem Umfange durchgeführt. Größere Störungen sind nicht zu verzeichnen. In Verfolg der Ankündigung der Direktion der BVG. über die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches und über die arbeitsrechtlichen Folgen bei Nichtwiederaufnahme der Arbeit sind erstmalig in etwa tausend Fällen die Entlassungspapiere zugestellt worden.

Der Kommandeur des Wehrkreises III, General von Fritsch, der Nachfolger des Generals Rundstedt, hat dem Reichskommissar für Preußen, Dr. Bracht, einen Besuch abgestattet. Wie verlautet, handelte es sich hierbei lediglich um eine vorsorgliche Fühlungnahme. Irgendwelche besonderen Maßnahmen seien nicht vereinbart, eine Änderung der bisherigen nicht in Aussicht genommen worden.

Kirchenbotschaft an Schweden

Stockholm, 5. November.

König Gustav von Schweden empfing im Schloß zu Stockholm den Berliner Theologieprofessor Geheimrat D. Dr. Deißmann zur Entgegennahme einer Botschaft, die der Deutsche Evangelische Kirchenbund zum 300. Todestag Gustav Adolfs an die Kirche Schwedens gerichtet hat. Die Botschaft, die von D. Deißmann verlesen wurde, bringt den Dankesgruß und Segenswunsch des deutschen Protestantismus an die schwedischen Glaubensgenossen dar.

In seiner Antwort an D. Deißmann sprach der König seinen herzlichen Dank aus für die großartige Teilnahme Deutschlands an der schwedischen Feier, die durch die ihm übergebene Botschaft einen so erhabenen Ausdruck gefunden habe. Die Großtat des unsterblichen Heldenkönigs habe in gleicher Weise den evangelischen Kirchen in Schweden und Deutschland Segen gebracht. Mögen die beiden Kirchen fortdauernd im Geiste Gustav Adolfs zur Erfüllung ihrer christlichen Mission gemeinsam weiterwirken.

h in Rom

. November.

inisterpräsidenten
om kommt, wird
chtung geschenkt.
en mit Mussolini
nd ziemlich viel
ein Besuch beim
vorgesehen.

ereitelt

lte entgleisen.
), 7. November.
Neger, die im
Sonderzug des
i hatte Kenntnis
ließ während der
achen, an der die
iden Neger wur-
sich an der frag-

Mexiko

n Dekret erlasser
Kupfer, Antimon
peier, Kohle, Pla
rden. Das Dekre
nnten Bodenschätz
als Nationalreserven zu betrachten sind. Es heißt, daß di gegenwärtigen Mineral- und Erdöl-Konzessionen, die sich i Händen von Ausländern befinden, von dieser Maßnahm unberührt bleiben sollen.

Kleine politische Meldungen

Empfänge beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing den Reichskommissar für den Geschäftsbereich des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Universitätsprofessor D. Dr. Kähler, sowie den neuernannten deutschen Gesandten in Belgrad, Freiherrn Dufour von Feronce.

Gandhi droht mit Wiederaufnahme des Hungerstreiks. Gandhi hat erklärt, daß er wieder in den Hungerstreik treten würde, wenn die Hindukasten das Abkommen von Puna nicht restlos durchführten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219321108-13/fragment/page=0005